

Armut und Not in Deutschland **Es reicht!**



Obdachloser in der Hamburger Innenstadt

Dem Staat fehlen weitere 7 Billionen Euro • Bald 12 Billionen Euro Staatsverschuldung • Fast 10 Millionen Arbeitslose • Armut ist größer als angenommen • 2,5 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut • Pleitewelle rollt weiter • Verbraucherpreise steigen • Reformmurks bis zum Bankrott

Wir haben es satt!

Versteckte Schulden sind ein Skandal

»Die Städte in Südwestfalen sind viel höher verschuldet, als die Kämmerer uns sagen. Allein in Siegen ist der Schuldenberg um 100 Millionen Euro höher als die Stadt uns jedes Jahr berichtet. Hintergrund sind die kurzfristigen Kassenkredite. Der Skandal ist, daß diese Schulden in den amtlichen Statistiken nicht auftauchen.« In der Lokalzeit Südwestfalen des WDR kritisierte Eberhard Kanski, BdSt-Experte für kommunale Haushalte, am 11. Juli 2006 die gängige Praxis vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen, ihre Haushaltslöcher mit kurzfristigen Kassenkrediten - vergleichbar dem privaten Dispo - zu stopfen.

Ebenfalls am 11. Juli 2006 berichtete die Bild-Zeitung unter der Überschrift 'Die Schulden-Schummler' darüber und zitierte Kanski: 'Kurzfristige Kredite waren mal für Engpässe vorgesehen. Nun wird das zur Dauereinrichtung - und keiner denkt mehr ans Zurückzahlen. Das ist eine Spirale, die die Städte immer näher an die totale Pleite bringt.'

Am 12. Juli 2006 schreiben auch die Westfälischen Nachrichten über die Kassenkredite in Münster. 30 Millionen Euro betrug die Summe am Stichtag 31. Dezember 2005. 'In den amtlichen Statistiken tauchen nur die langfristigen Investitionskredite, nicht aber die 'Dispos' auf', so Kanski. 'Die Finanzlage der Stadt sei mithin noch düsterer, als bislang angenommen.'[«]

Quelle: www.steuerzahler-nrw.de
(Stand 16.10.2006)

Dem Staat fehlen weitere sieben Billionen Euro



Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen

Quelle: www.steuerzahler.de (Stand 16.10.2006)

Deutschlands Sozialsystemen fehlen nach Einschätzungen des Freiburger Ökonomen Bernd Raffelhüschen weitere sieben Billionen Euro. Das ist das ca. Fünffache der offiziellen Staatsverschuldung. Um eine solche Lücke zu schließen, müßten Sozialabgaben und Steuern um 14 Prozent angehoben werden, bzw. die staatlichen Leistungen um 12 bis 13 Prozent gekürzt werden. Dies, so Raffelhüschen, sei ein »Brandmelder der Zukunft«. Die Nachhaltigkeitslücke entsteht nach Raffelhüschens Worten dadurch, daß der Staat »Versprechen« macht, für deren Erhaltung er aber wegen fehlender Rücklagen nur »eine ungedeckte Hypothek« habe.

Bei der Beamtenversorgung sieht der Finanzwissenschaftler für das Jahr 2020 wegen explodierender Lasten »einen Großbrand« voraus.

»Wenn sich die Verschuldungsquote wie in den letzten Jahren

fortsetzen sollte, werden für die Verdoppelung der jetzigen [offiziellen] Staatsschulden in Höhe von 1,5 Billionen circa zehn Jahre benötigt. Die nächste Verdoppelungsphase dauert nur noch fünf Jahre, dann sind es nur noch drei Jahre zur nächsten Verdoppelung, und die Schulden stehen dann auf der astronomischen Zahl von 12 Billionen Euro. Es geht also immer schneller und die Zahlen schießen immer extremer in die Höhe.«, so Heribert Schröck, Vorstand der WHS Finanzberatung AG, Tübingen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen ist Professor für Finanzwissenschaften an der Albert-Ludwig-Universität Freiburg. Er studierte in Kiel, Berlin und Aarhus Volkswirtschaftslehre und promovierte bzw. habilitierte sich in diesem Fach an der Universität Kiel.

Quellen: »Die Welt«, 13.07.2006
www.artikel-promotion.de
(Stand 1.10.2006)



Deutschland: 2,5 Mio. Kinder leben in Armut

Die Schere geht immer weiter auseinander

»Kinderarmut in den letzten zwei Jahren verdoppelt

Derzeit leben in Deutschland rund 2,5 Millionen Kinder bis 18 Jahre auf Sozialhilfeniveau – laut Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes, die sich auf eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit stützen. In der Statistik ist bei den Familien Langzeitarbeitsloser erstmals auch die Zahl der Kinder zwischen 15 und 18 Jahren aufgeführt. Die bisher kursierende offizielle Zahl bezog sich auf 1,1 Millionen Kinder, die hierzulande in Armut leben.

Mögliche Gründe für die steigende Kinderarmut sind die Hartz-IV-Reformen und die schlechte Wirtschaftslage. Durch das niedrigere Arbeitslosengeld II hat sich auch die finanzielle Lage vieler Kinder verschlechtert. 'Die Schere zwischen wohlhabenden und armen Kindern geht immer weiter auseinander', folgert der Präsident

des Kinderschutzbundes Heinz Hilgers. Mit gravierenden Folgen: Defizite in der Ernährung, ein steigendes Gesundheitsrisiko und geringere Bildungschancen verbauen den betroffenen Kindern eine gesicherte und selbstbestimmte Zukunft.

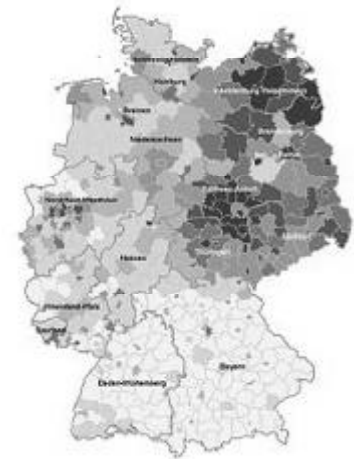
Die erschreckenden aktuellen Zahlen betonen nur die Tragweite des Problems und die dringende Notwendigkeit, auf allen gesellschaftlichen Ebenen gegen Kinder- und Jugendarmut aktiv vorzugehen. Denn: Unsere Kinder sind die Gesellschaft von Morgen.«

Quelle: www.schaunichtweg.de
(Stand 29.07.2006)

Zahlen aus einem einzigen Landkreis:

»Über 3.500 der 20.880 Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren im Landkreis [Ludwigslust] gelten als 'hilfebedürftig'. Bundesweit sind bereits rund drei Millionen der 14,9 Millionen Kinder arm, etwa eine Million auf Sozial-

Sozialgeldbezug Kinder unter 15 Jahre



Je dunkler es wird, desto stärker ist die Kinderarmut in Deutschland vorhanden

hilfe angewiesen. Und es werden mehr. Seit Jahren warnen Paritätischer Wohlfahrtsverband und Kinderschutzbund vor den Folgen der Fusion von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Allein das Arbeitslosengeld II ließ laut Kinderschutzbund eine halbe Million Kinder in die Sozialhilfe abrutschen, weil deren arbeitslose Eltern nun mit bis zu einem Drittel weniger Geld auskommen müssen.«

Quelle: Hagenower Kreisblatt,
10.10.2006

»80.000 Kindern droht der Abstieg«

»Bielefeld (dpa): In Deutschland sind dem Bielefelder Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann zufolge rund 80.000 Kinder im Alter bis zu zehn Jahren von extremer Vernachlässigung durch ihre Eltern bedroht, sagte er der 'Zeit'.

Er fordert ein Eingreifen des Staates. 'Ich plädiere außerdem dafür, die Zahlung des Kindergeldes vom Besuch ärztlicher Vorsorgeuntersuchungen abhängig zum machen.'«

Quelle:
»Westdeutsche Allgemeine«,
19.10.2006

Deutschland: Hilfen für obdachlose Kinder und Jugendliche

In Deutschland leben ungefähr 7.000 Kinder und Jugendliche auf der Straße. Sie schlüpfen unter in Häusern, die abbruchreif sind, man begegnet ihnen in Bahnhöfen, auch in Bauwagen wird übernachtet.

Die Geschichten, warum sie auf der Straße landen, sind vielfältig. Sie kommen aus Heimen ebenso wie aus Familien, die keinen Schutz oder Geborgenheit bieten. Um überleben zu können, betteln, stehlen und prostituieren sie sich.

In Saarbrücken wurde schon im Jahr 2003 ein Ladenlokal in der Bleichstraße eingerichtet. Betreut durch Mitarbeiter des SOS-Jugenddienstes Saarbrücken wird hier versucht, allen die dort ankommen, den Weg in eine »normale« Zukunft zu ermöglichen.

Quelle: shortnews.stern.de (Stand 24.03.2006)

Jetzt werden immer mehr Deutsche zur »Unterschicht« degradiert

Der Kampf ums Überleben

»Armut in Deutschland? So etwas gibt es bei uns nicht, arm sind die Menschen in den Entwicklungsländern.« Falsch! Auch in Deutschland gibt es Armut, und die Tendenz ist steigend.



Was bedeutet Armut für die Betroffenen?

Der härteste Fall ist die totale Armut, in der man nicht mehr fähig ist, seine elementaren Grundbedürfnisse zu befriedigen. Das bedeutet: einen absoluten Mangel an Essen und Kleidung. Man lebt in den Tag hinein, ohne zu wissen, ob man den nächsten Morgen noch überleben wird. Die Folgen: Hunger, Erfrierungen oder Krankheiten, nur weil sich die Betroffenen nicht mehr medizinisch behandeln lassen können.

Diese Form der Armut ist auch in Deutschland keine Seltenheit mehr und ein Nachspaziergang durch die Innenstadt Frankfurts gibt jedem Interessierten die Möglichkeit, mit Betroffenen ins Gespräch zu kommen.

6,5 Millionen Deutsche gehören zu einer neuen »Unterschicht«

Die Armut in Deutschland breitet sich aus. Sie erfaßt Arbeitslose genauso wie Niedriglöhner oder gescheiterte Unternehmer.

Ein niedriges Einkommen, kaum finanzielle Rücklagen und keine Hoffnung mehr auf einen sozialen Aufstieg - die neue Studie »Gesellschaft im Reformprozeß« zeigt, daß Armut ein massives Problem in Deutschland geworden ist. Besonders erschreckend: Jeder fünfte auf dem einstigen Territorium der DDR soll betroffen sein. Dabei handelt es sich in Deutschland nicht nur um materielle Armut, sondern auch um Armut an Kultur, Bildung und der Möglichkeit auf ein gesundes Leben. Viele Betroffene empfinden ihr Leben als gesellschaftlichen Abstieg.

Alle etablierten Parteien haben daran mitgewirkt, diesen Zustand herbeizuführen. Und die »brutale Enteignung« der Deutschen scheint noch lange nicht beendet zu sein.

SPD gesteht Mitschuld an dieser Katastrophe ein

Ottmar Schreiner (SPD) warf der eigenen Partei vor, Mitschuld am Entstehen einer gesellschaftlichen »Unterschicht« zu sein. »Armut und soziale Ausgrenzung sind nicht über uns gekommen«, so Schreiner, »sie sind das Ergebnis der Politik von Gerhard Schröder.« Besonders die Hartz-IV-Arbeitsmarktpolitik des Ex-SPD-Bundeskanzlers mit Mini-, Ein-Euro- und befristeten Arbeits-

verhältnissen habe dazu geführt, daß »Millionen Menschen keine Chance mehr haben, aus dem Niedriglohnsektor mit seinen Hungerlöhnen herauszufinden«, sagte Schreiner.

Junge Deutsche plagen Zukunftsängste

In der vom Nachrichtensender »N24« veröffentlichten Emnid-Erhebung gaben 91 Prozent der Befragten an, daß nach ihrem persönlichen Eindruck immer mehr Menschen von Armut bedroht bzw. bereits verarmt seien. Die Angst, selber einmal zu verarmen, ist bei den jüngeren Bürgern bis 29 Jahren mit 60 Prozent deutlich ausgeprägter als bei den Älteren.

Verunsicherung

Von 100 befragten erwachsenen Deutschen sagen ...



Quelle: TNS Infratest, repräsentative Umfrage mit 3021 Befragten

Besonders der Tod des zweijährigen Kindes Kevin in Bremen hat das nicht mehr Funktionieren des Sozialstaates und die möglichen Folgen von Verwahrlosung noch einmal offengelegt. Nicht nur in diesem Fall haben die Behörden - denen die Situation des kleinen Kevins bestens bekannt war - restlos versagt. Das ist eine Katastrophe für diese Republik!

Fast 10 Mio. Arbeitslose in Deutschland: Das wahre Ausmaß der Katastrophe

Bereits im Jahr 2004 zeigte die »WirtschaftsWoche« Nr. 29/2004, daß im Gegensatz zu den Schönrechnereien die wahre Arbeitslosigkeit bei 8,6 Millionen Arbeitslosen lag, also doppelt so hoch wie die damalige offizielle Zahl von 4,2 Millionen.

Das dem so war, geht aus öffentlich zugänglichen Daten und Schätzwerten der Nürnberger Bundesagentur, des Sachverständigenrates, des Deutschen Städtetages sowie namhafter Wirtschaftsforschungsinstitute hervor.

schung (DIW) gegenüber der »WirtschaftsWoche« fest:

»Um zur tatsächlichen Unterbeschäftigung zu gelangen, müssen die aktive Arbeitsmarktpolitik, die Frühverrentung und die stille Reserve zur offiziellen Statistik dazugerechnet werden.«

Demnach kamen zu der offiziellen Arbeitslosenstatistik 2004 allein 868.000 Menschen hinzu, die sich in Maßnahmen der BA befanden und daher offiziell nicht als arbeitslos gezählt wurden. In den Kommunen befanden sich



So ein Straßenbild ist in Deutschland schon lange keine Seltenheit mehr

In diesen Berechnungen der »WirtschaftsWoche« sind auch jene Arbeitslose enthalten, die nicht in die offizielle Arbeitslosenstatistik einfließen, wie etwa Arbeitssuchende, die in Bildungsmaßnahmen der Arbeitsämter untergebracht sind oder Arbeitslose über 58 Jahre.

Dazu stellte der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsfor-

zusätzlich 390.000 Arbeitssuchende, die ebenfalls nicht in die offizielle Statistik eingeflossen waren. 1.077 Menschen lebten schätzungsweise im Vorruhestand, und in Kurzarbeit wurden 75.000 Menschen (umgerechnet auf Vollzeitstellen) beschäftigt. Rund zwei Millionen Menschen galten im Jahr 2004 als stille Reserve. Das sind jene Menschen,

Oktober 2006: Gründerboom bei Arbeitslosen zu Ende

»Immer weniger Arbeitslose wagen den Sprung in die Selbständigkeit. Der neue Gründungszuschuß, der am 1. August die alte 'Ich AG' und das Überbrückungsgeld ersetzt hat, findet wenig Zuspruch. Ganze 6.486 Arbeitslose machten sich im August und September mit dem neuen Zuschuß selbständig.

Nürnberg/Berlin - Die Zahl der Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit ist damit dramatisch eingebrochen. Denn allein im Juli, dem letzten Monat vor der Neuregelung, machten sich noch mehr als 25.000 Arbeitslose selbständig, davon 10.261 mit einer 'Ich AG' und 15.991 mit dem Überbrückungsgeld.«

Quelle: »Die Welt«, 13.10.2006

Zigtausend Jugendliche ohne Lehrstelle

»Nürnberg (dpa) - Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit stieg die rechnerische Lehrstellenlücke um weitere 6.200 auf 34.100 [...] Das sind 9.000 mehr als im Vorjahr.«

Quelle: »Focus«, 11.10.2006

Größte Lehrstellenlücke seit der Wiedervereinigung

»Noch nie sind seit der deutschen Einheit 1990 so viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz geblieben wie in diesem Jahr. Bei den Arbeitsagenturen waren zum gesetzlichen Stichtag am 30. September noch 49.500 Bewerber als unvermittelt gemeldet. Das waren 9.000 mehr als im Vorjahr, berichtete die Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg. Der bisherige Minusrekord lag bei 47.000 unversorgten Lehrstellenbewerbern im Jahr 1997.«

Quelle: »Die Welt«, 11.10.2006

Personalprobleme im Jobcenter

»Befristete Verträge der Arbeitslosen-Betreuer laufen aus. Einen Aderlaß kann sich Bundesagentur für Arbeit nicht leisten. Schon jetzt wandern die Besten ab.

Berlin - Die Bundesagentur für Arbeit fürchtet neue Probleme in den Jobcentern zur Betreuung der Hartz-IV-Empfänger. Denn jeder fünfte Beschäftigte in den 354 Arbeitsgemeinschaften hat nur einen befristeten Vertrag - und die laufen im ersten Halbjahr 2007 aus. Nach zwei Jahren sachgrundloser Befristung können die Verträge nicht mehr verlängert werden.

‘Wir müssen die Arbeitsgemeinschaften stabilisieren’, heißt es bei der Bundesagentur. Einen Aderlaß von 11.000 eingearbeiteten Mitarbeitern könnten sich die

die arbeiten wollen, die Suche nach einem Job jedoch aufgegeben haben oder sich erst gar nicht arbeitslos gemeldet hatten. Daraus ergab sich für Deutschland im Jahr 2004 eine Arbeitslosigkeit von 8.643 Millionen Menschen, was einer Arbeitslosenquote von 18,8 Prozent entsprach.

SCHÖNGERECHNET

Wie viele Menschen in Deutschland tatsächlich ohne Job sind

Offiziell als arbeitslos gemeldet	4 233 000
In Prozent der Erwerbstätigen	10,2
Arbeitslose in Maßnahmen der BA	868 000
Darunter:	
Berufliche Weiterbildung (Vollzeit)*	165 000
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen	107 000
Deutsch-Sprachlehrgänge	16 000
Empfänger von Eingliederungszuschüssen	97 000
Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen	109 000
Ich-AGs	142 000
Personal-Service-Agenturen	26 000
Empfänger von Überbrückungsgeld	81 000
Arbeitslose in Maßnahmen der Kommunen*	390 000
Arbeitslose im Vorruhestand*	1 077 000
Kurzarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitstellen)	75 000
Stille Reserve*	2 000 000
Wahre Arbeitslosigkeit	8 643 000
In Prozent der Erwerbstätigen	18,8

* geschätzt; Quellen: BA, Sachverständigenrat, Deutscher Städtetag, Stiftung Marktwirtschaft

WirtschaftsWoche
25.7.2004
08.07.04

Erstmals im April 2005 räumte der Chef der Bundesagentur für Arbeit ein, daß die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland weit höher liegt als bekannt. »Ich hatte nicht den Mut, an dem eingeübten Ritual etwas zu ändern und 6,5 Millionen zu nennen«, sagte Weise vor Journalisten in Berlin. »Es sind weitere Arbeitslose in Maßnahmen und weitere, die sich gar nicht mehr bei uns melden«, fügte der BA-Chef hinzu.

Wie sieht die Lage in Deutschland heute aus?

Die offizielle Arbeitslosenzahl lag im September 2006 bei 4.237.835. Aber wie bitte erklären uns die Regierenden, daß genau im September 2006 - ebenfalls laut Bundesagentur für Arbeit - 5.173.283 Menschen in Deutsch-

land Arbeitslosengeld II beziehen? Also eine Differenz von ca. einer Million Betroffener. Diese Information sollte Anreiz genug sein, um dieser »Schönrechnerei« einmal näher auf den Grund zu gehen:

Manipulierte Zahlen

War die Arbeitslosigkeit im September 2006 tatsächlich gesunken, oder waren lediglich einige Rechenkünstler am Werk, um die Arbeitslosigkeit wenigstens statistisch sinken zu lassen? Angeknüpft an der Enthüllung in der »WirtschaftsWoche« im Jahr 2004 haben wir unsere eigenen Berechnungen angestellt. Daraus ergibt sich aktuell:

Arbeitslose im September 2006:

4.237.835

Arbeitslose in Maßnahmen der BA:

1.456.560

Stille Reserve 2006:

ca. 2.000.000

Arbeitslose im Vorruhestand:

ca. 1.100.000¹⁾

Arbeitslose in Maßnahmen der Kommunen:

ca. 400.000¹⁾

Kurzarbeiter: 47.935

gesamt:

ca. 9.242.330

Mio. Arbeitslose

1) Hierbei handelt es sich um Schätzungen aufgrund der Vorjahreswerte

Generalangriff der großen Koalition auf Arbeitslose

Bei dem Studium der Tagespresse bekommt man den starken Eindruck, daß die herrschenden Parteien nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen bekämpfen wollen. Kaum ein Tag vergeht, an dem die herrschenden Politiker nicht immer neue Vorschläge machen, wie man den Hartz IV-Betroffenen das Leben noch schwerer machen kann, als es ohnehin schon ist. Eine solche Politik ist sozialpolitisch eine Katastrophe und wirtschaftspolitisch mehr als dumm.

14.06.2006: Die CSU schlägt Zwangsdienst für Arbeitslose vor.

Stefan Müller (CSU), der Obmann der Union im Arbeitsausschuß des Bundestages: »Alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen müssen sich jeden Morgen bei einer Behörde zum 'Gemeinschaftsdienst' melden und werden dort zu regelmäßiger gemeinnütziger Arbeit eingeteilt - acht Stunden pro Tag, von Montag bis Freitag. Wer sich verweigert und nicht erscheint, muß mit empfindlichen finanziellen Einbußen rechnen!«

Quelle: »WirtschaftsWoche«, 14.06.2006

25.08.2006: Die CSU will den Urlaubsanspruch abschaffen

CSU-Generalsekretär Markus Söder will den Druck auf Langzeitarbeitslose erhöhen und ihren Urlaubsanspruch abschaffen.

Quelle: »Focus«, 25.08.2006

7.10.2006: Internes Papier von CDU/CSU: Empfängern von Arbeitslosengeld II sollen die Sozialleistungen halbiert werden, wenn diese ein zumutbares Angebot ablehnen. Wird ein

zweites Angebot ausgeschlagen, soll die Zuwendung gänzlich gestrichen werden.

Quelle: »Die Welt«, 7.10.2006

Das sind besonders schöne Aussichten für überzeugte Vegetarier, die künftig in einem türkischen Döner-Imbiß arbeiten sollen.

7.10.2006: CDU fordert härtere Strafen und mehr Überwachung

Ärztliche Krankschreibungen sollten nach den Vorstellungen der Unions-Arbeitsmarktpolitiker schärfer von der Arbeitsverwaltung überprüft werden dürfen und zwar auch dann, wenn der Arbeitslose dies ablehnt. Zudem sollen Hartz-IV-Empfänger bereits am zweiten Krankheitstag eine ärztliche Bescheinigung vorlegen müssen. Bisher ist ein Attest erst ab dem dritten Tag nötig.

Quelle: »Die Welt«, 7.10.2006

17.10.2006: Weniger Zuschläge für Kinder

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unions-Fraktion Laurenz Meyer (CDU) denkt darüber nach, die Zuschläge für Arbeitslosengeld II-Empfänger zu ändern. Es müsse über die Zuschläge für Kinder gesprochen werden. Vor allem diese Leistungen hielten die Eltern davon ab, Arbeit anzunehmen.

Quelle: Tagesschau.de, 14.10.2006

2006: Weniger Rechte

»Die Prozeßkostenhilfe für Hartz-IV-Empfänger soll in Zukunft nur noch gegen eine Gebühr [75-225 Euro] gewährt werden. Damit wird erneut Men-

Jobcenter nicht leisten. 'Die besten Mitarbeiter suchen sich schon jetzt eine andere Stelle', warnen Beteiligte. Die Lohnkosten blieben ohnehin gleich, wenn 5.000 befristete in unbefristete Stellen umgewandelt würden.

Die Mitarbeiter mit den befristeten Verträgen sollten helfen, die anfängliche Antragsflut bei Hartz IV zu bewältigen und sicherzustellen, daß das Arbeitslosengeld II reibungslos ausgezahlt wird. Nur fiel die Zahl der Hartz-IV-Empfänger und Bedarfsgemeinschaften noch weit höher aus, als die Regierung erwartet hatte.«

Quelle: »Die Welt«, 11.09.2006

Hartz IV-Klagen belasten das Sozialgericht

»In den ersten sieben Monaten des Jahres 2006 ist es bei dem Sozialgericht Dortmund zu einem sprunghaften Anstieg bei Klagen gegen die Auswirkungen der Hartz IV-Gesetze gekommen.

Insbesondere in den Städten des östlichen Ruhrgebietes erheben Langzeitarbeitslose zahlreiche Klagen. Aus Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm und dem Kreis Unna gingen vom 01.01.2006 bis zum 31.07.2006 2845 Klagen und Anträge zum Arbeitslosengeld II und zur Sozialhilfe ein. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es nur 656 Neueingänge.

Pressesprecher Ulrich Schorn: 'Diese erhebliche Zunahme an Klageverfahren und Anträgen auf einstweiligen Rechtsschutz bei oftmals existentiellen Streitge-

genständen setzen die Richterinnen und Richter des Gerichts unter erheblichen Arbeitsdruck. Mehr als ein Drittel der Richterschaft ist bereits mit Verfahren gegen die Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften und sog. Optionskommunen befaßt. Die bisherige personelle Verstärkung des Gerichts fängt den Mehraufwand durch die Arbeitsmarktreformen nicht auf. Wir mußten Richter aus anderen Arbeitsbereichen des Gerichts abziehen. So kann es bei Klagen um Erwerbsminderungsrenten, Schwerbehindertenausweise und Leistungen der Krankenkassen zu Verzögerungen kommen. Bis zum Jahresende hoffen wir, mit 2 zusätzlichen Richterinnen hier entgegenwirken zu können.«

Quelle: www.sozialticker.com
(Stand 17.10.2006)

Zu wenig Hilfe für Schwangere

»Knapp 3.000 schwangere Frauen zwischen 18 und 25 Jahren haben im Jahr 2005 diakonische Beratungsstellen in Baden aufgesucht. Immer mehr junge Schwangere seien nach den Änderungen bei den Hartz-IV-Gesetzen verunsichert. Viele Arbeitsämter gewähren nur noch Sozialleistungen, wenn sie die Vermögenslage der Eltern der Betroffenen kennen und schwerwiegende Gründe für einen Auszug aus dem Elternhaus vorhanden seien, berichten Fachleute und Betroffene in Karlsruhe.

Quelle: www.gegen-hartz.de
(Stand 17.10.2006)

schen, die vom Arbeitslosengeld II abhängig sind, das Recht, sich vor den Sozialgerichten zu wehren, erheblich erschwert.«

Quelle: www.gegen-hartz.de

17.10.2006: Auto weg bei Hartz IV

In einer Zeit, in der die meisten Arbeitslosen froh sind, wenn sie sich noch ein Bahn- oder Bus-ticket leisten können, wartet die CDU mit einer neuen Forderung auf: Demnach sollen Hartz-IV-Bezieher künftig maximal ein Auto im Wert von weniger als 10.000 Euro besitzen dürfen.

Quelle: www.rhein-main.net, 7.10.2006

2006: Müntefering (SPD) will Geld für junge Arbeitslose kürzen

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering will die Hartz-IV-Leistungen für Langzeitarbeitslose zwischen 18 und 25 Jahren deutlich kürzen. Die jungen Arbeitslosen sollen wieder bei ihren Eltern einziehen.

Quelle: »Financial Times«,
12.02.2006

Dieses untenstehende Motiv soll als farbiger Aufkleber in verschiedenen Größen gedruckt werden. Außerdem als Postkarte und als Kleinplakat.

Da die Kosten sehr von der Auflagenhöhe abhängig sind, bitten wir um unverbindliche Vorbestellungen.

**Die deutsche Volkswirtschaft -
eine nationale Katastrophe!**

ca. 10 Millionen Arbeitslose

ca. 2,5 Millionen Kinder in Armut

ca. 7 Billionen Euro fehlen dem Staat

ca. 12 Billionen Euro Staatverschuldung

Armut ist größer als angenommen

Reformmurks bis zum Bankrott

Verbraucherpreise steigen

Plehwelle rollt weiter

Schluß damit!

Zahlen • Daten • Hintergründe:

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Postfach 10 17 06 • 46017 Oberhausen

Leseprobe anfordern!

Die kranke Reform: Große Koalition oder großer Stillstand?

Die Steuern erhöht, die Leistungen gekürzt, Vergünstigungen gestrichen und die Steuerreform vertagt.

Dies ist in Stichworten die Bilanz der CDU/CSU/SPD-Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel ein Jahr nach der Bundestagswahl.

Die große schwarz-rote Koalition ist mit ihrem großen Projekt, der Gesundheitsreform, grandios gescheitert: Statt die Beiträge zu senken, werden sie erneut erhöht. Die Regierung verliert jegliche Glaubwürdigkeit.

Die kranke Reform

Die Große Koalition wollte das Gesundheitssystem neu strukturieren und hat stattdessen nur neue Verwirrung produziert. Sie wollte etwas verändern, die staubigen Strukturen einreißen, das marode Gesundheitssystem im »Sanierungsfall« Deutschland von Grund auf reformieren. Nun, da die Beschlüsse auf dem Tisch liegen, wird klar: Aus den vielen schönen Vorsätzen ist ein fauler Kompromiß geworden.

Hier einige wichtige Informationen:

Wer leidet unter der Gesundheitsreform?

Jeder! Geringverdiener kommen bei der Gesundheitsreform sehr schlecht weg. Denn zusätzlich zu den allgemeinen Erhöhungen müssen sie mit einer weiteren Beitragserhöhung von bis zu acht Euro rechnen.

Natürlich werden die Krankenkassenbeiträge nicht sinken, sondern ab 2007 werden diese im Schnitt um 0,5 Prozent steigen.

Dann wären da noch die Zusatzbeiträge. Diese zahlen nur die Versicherten. Arbeitgeber sind davon nicht betroffen. Das kann zu einem höheren Beitrag von bis zu knapp 500 Euro im Jahr für die Versicherten führen.

»Das kranke System wird mit immer mehr Geld gefüttert, aber die Strukturen werden nicht angetastet«

kritisiert Wolfram-Arnim Candidus, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten (DGVP).

Dazu kommen die Beitragssatzsteigerungen von rund 0,7 Prozentpunkten. Dies bedeutet für den Arbeitnehmer eine Mehrbelastung von bis 120 Euro jährlich.

An dem, was der Versicherte für sein Geld bekommt, soll sich allerdings dagegen so gut wie nichts ändern.

Spätestens 2008 aber werden wohl neue Kosten auf die Versicherten zukommen. Dann nämlich tritt der so genannte »Gesundheitsfonds« in Kraft. In diesen Geldsammeltopf fließen sowohl das Geld aus den Beiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als auch eine kleine Menge an Steuermitteln. Daraus erhalten die Kassen dann pauschale Beträge für jeden Versicherten, plus Zuschläge, wenn sie viele Ältere und Kranke auf ihren Mitgliederlisten haben. Ökonomen erwarten zu recht einen enormen Verwaltungsaufwand. Der Präsident des Sozialverbands VdK, Walter Hirrlinger, sprach in der Freien Presse schlicht von einem »bürokratischen Monstrum«.

»Die Ministerpräsidenten der Union wollen den [Gesundheits-] Fonds auf 2009 verschieben, weil sie ihre Landtagswahlen nicht durch dessen Einführung gefährden wollen«, sagte der Gesundheitsexperte Karl Lauterbach (SPD), der die Reform mit aushandelte. »Weshalb sollten wir als SPD-Abgeordnete es dann riskieren, 2009 für die starke Erhöhung der Krankenkassenbeiträge geradestehen zu müssen?«

Er geht davon aus, daß der Beitragssatz zur Fondseinführung von jetzt 14,3 auf 15,4 Prozent steigen muß.

Quellen: www.aol.de
(Stand 16.10.2006),
»Financial Times«, 17.10.2006,
www.netdokter.de

Mittwoch, 18. Oktober 2006

Mehr Privatinsolvenzen**n-tv****Pleitewelle rollt weiter**

Die Pleitewelle unter Deutschlands Verbrauchern rollt weiter. In diesem Jahr werden nach einer am Mittwoch vorgestellten Statistik des Bremer Unternehmens Seghorn Inkasso etwa 138.000 Privatinsolvenzverfahren eröffnet.

In den ersten neun Monaten wurden mit knapp 99.000 Fällen fast 30 Prozent mehr Verfahren eröffnet als im Vergleichszeitraum 2005, sagte Seghorn-Geschäftsführer Stephan Jender. 2007 rechnet er sogar mit mehr als 180.000 Insolvenzen. Im Vergleich der Bundesländer hat Bremen nach der Statistik mit 291 Fällen je 100.000 Einwohner einen negativen Spitzenplatz, gefolgt vom Saarland (169) und Schleswig-Holstein (163). Niedersachsen (156) liegt auf Platz fünf. Die wenigsten Insolvenzen verzeichnen Baden- Württemberg und Bayern mit 84 und 89 Fällen.

Mittwoch, 18. Oktober 2006

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND**Armut ist****größer als angenommen**

Das Ausmaß an Armut und Bedürftigkeit in Deutschland ist womöglich weit größer als bisher angenommen. Nach einer Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung haben rund zehn Millionen Menschen Anspruch auf Sozialleistungen nach Hartz IV.

Tatsächlich erhalten aber nur 7,4 Millionen Menschen Hilfe. »Hier deutet sich eine erhebliche Dunkelziffer der Armut an - also der Nichtinanspruchnahme zustehender Leistungen«, heißt es in der am Mittwoch vorgestellten Studie der Frankfurter Verteilungsforscherin Irene Becker.

Mittwoch, 18. Oktober 2006

■ **wiwo.de** ■**Bei deutschen Firmen****setzt langsam Herbststimmung ein**

Die deutsche Wirtschaft wird den sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstituten zufolge im kommenden Jahr deutlich langsamer wachsen als in diesem Jahr. Die Institute erwarten für 2007 ein Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent nach 2,3 Prozent in diesem Jahr.

Dies geht aus dem Herbstgutachten der Institute hervor, das der Nachrichtenagentur Reuters in Auszügen vorliegt. Demnach bricht der private Konsum im kommenden Jahr wegen der Mehrwertsteuererhöhung ein. Die Institute erwarten hier eine Stagnation nach einem Plus um 0,9 in diesem Jahr. Zugleich ziehen die Verbraucherpreise im Schnitt auf 2,3 Prozent nach 1,7 Prozent in diesem Jahr an.

Nebenstehend:**Die Meldungen eines Tages****Trübe**
Aussichten

18.10.2006 - Drei Meldungen des Tages: Die Pleitewelle in Deutschland rollt weiter, die Armut ist größer als angenommen und die Verbraucherpreise steigen weiter an. Wäre da abschließend noch die Freude über die gestiegenen Steuereinnahmen zu erwähnen. Aber wer kann sich darüber freuen, daß unser Volk durch höhere Steuern noch mehr ausgeplündert wird? Frau Merkel freut sich, ist jedoch nicht bereit, die kommende Steuererhöhung zu kippen. Schade, denn wir - das Volk - hätten uns gefreut, wenn wir nicht noch mehr geschröpft würden. Wir - das Volk - hätten uns gefreut, wenn durch Steuer-senkung die Verbraucherpreise gesenkt würden und dadurch die Armut etwas schwinden würde.

**Wir sind das Volk,
Frau Merkel!**

Und wir, Frau Bundeskanzlerin, haben genug. Genug von Ihnen, Ihrer Regierung und Ihrer Partei. Und wir - das Volk - werden Sie und Ihre große Koalition abwählen. Vielleicht sogar schneller als Sie denken! Denn was wir in dieser UN lesen, ist nicht nur beschämend - es ist eine Katastrophe!

Geld für die Welt - Deutschland blutet aus

2007: 28 Milliarden Euro ins Ausland

Im druckfrischen Bundeshaushalt 2007 listet jedes Ministerium seine Beiträge an internationale Organisationen, Verbände und Vereinigungen auf. Ergebnis: Deutschland zahlt an 162 internationale Einrichtungen fast 28 Milliarden Euro im Jahr.

Mit 23,9 Milliarden Euro bekommt die EU den größten Zuschuß. Die UNO-Zentrale erhält 611 Millionen Euro aus deutschen Kassen.

557 Millionen Euro gehen an die Europäische Weltraumorganisation ESA, 464 Millionen an die Weltbank und 134 Millionen an den Militärhaushalt der Nato.

Quelle: *www.Bild.de*, 19.10.2006

Seit 1990: 314 Milliarden an die EU

Deutschland hat sich seit der Wiedervereinigung, d. h. im Zeitraum von 1990 bis 2004, die EU sage und schreibe 314.898 Milliarden DM kosten lassen. Das Geld ging zum größten Teil an vier Länder, nämlich - in dieser Reihenfolge - an Spanien, Griechenland, Portugal und Irland. Heute floriert die Wirtschaft in Spanien, während sie in Deutschland seit Jahren stagniert. [...]

Künftig wird Polen als größter Nettoempfänger der EU-Subventionen und damit der deutschen Beiträge an die Stelle Spaniens treten.

Quelle:

»DeutschlandBrief«, Juli/August 2006

2007: 28,4 Mrd. für den Verteidigungshaushalt

Der Verteidigungshaushalt 2007 soll um 500 Millionen Euro auf rund 28,4 Milliarden Euro erhöht werden. 642 Millionen Euro sind bereits für Auslandseinsätze verplant. Größter Posten ist dabei der ISAF-Einsatz in Afghanistan mit 314 Millionen Euro.

Unionspolitiker hatten zuletzt eine Steigerung darüber hinaus um eine Milliarde Euro in den kommenden Jahren gefordert. Die mittelfristige Finanzplanung sieht bislang rund 28,7 Milliarden Euro im Jahr 2008 und bis 2010 eine Steigerung auf rund 29,5 Milliarden Euro vor.

Quelle: *www.FAZ.net*, 19.10.2006

Liebe Leser, ganz privat:

Die Zahlen und Berichte zur Lage, die von unserer für diese UN-Ausgabe beauftragte Arbeitsgruppe zusammengetragen wurden, sind selbst für die beeindruckend, die das wirtschaftliche und politische Geschehen mit wachen Sinnen verfolgen.

Dabei sind alle diese Tatsachen seit langem kein Geheimnis. Man findet sie zeitlich dosiert und verstreut in vielen kleinen Meldungen in der Tagespresse, in Wochenzeitungen und Magazinen, in denen sie aber oft überlesen und nicht ins Gedächtnis aufgenommen werden.

Wer erinnert sich noch an die Meldung von vorgestern, an die dazupassende von gestern - und wer fügt sie mit dem zusammen, was er heute liest und was erst im Zusammenhang die wahre Lage erkennen läßt?

Für die ahnungslosen, unpolitischen »Durchschnittsbürger« mag diese Zusammenfassung erschreckend sein, weil sie ein so düsteres Bild aufzeigt. Ein solches Erschrecken aber ist die Voraussetzung dafür, daß nicht nur Minderheiten wie wir UN-Leser, sondern mehr Leute sich endlich um die **Gründe und Ursachen** des »Sanierungsfalls Deutschland« (Zitat Merkel) kümmern.

Deshalb unsere Bitte: Verteilen auch Sie 10, 20 oder 100 Hefte dieser Ausgabe und geben Sie uns die Mittel, sie in höherer Auflage nachzudrucken!

Ihre UN-Mitarbeiter

Impressum

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 10 17 06
D-46045 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Internet:

<http://www.un-nachrichten.de>
<http://www.un-archiv.de>

Herausgeber:

Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V.
Alstadener Str. 49 • 46049 Oberhausen

Schriftleitung:

Natascha Wachtel (verantwort.), Josef Klumb,
Pierre Deichert, Marc Dombrink, Martin Voigt

Kein gewerbliches Unternehmen

- Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich
- Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme
- Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Oberhausen

Aktuelle Wirtschaftsdaten**Erwerbstätige:**

August 2005: 38.849.000²⁾
August 2006: 39.150.000²⁾

Offizielle Arbeitslosigkeit:

September 2005: 4.646.000²⁾
September 2006: 4.237.835²⁾

Versteckte Arbeitslosigkeit:

Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik
 September 2005: 1.340.108¹⁾
September 2006: 1.456.560¹⁾

Arbeitssuchende:

September 2005: 6.717.162¹⁾
September 2006: 5.579.603¹⁾
UN-Berechnung 2006: ca. 9.200.000

Offene Stellen:

September 2005: 466.610²⁾
September 2006: 620.600²⁾

Staatsverschuldung 20.10. 2006:
1.531.122.084.576 Euro³⁾

Schuldenzuwachs/Sekunde:
2.113 Euro³⁾

Schulden pro Kopf:

19.09.2006: 18.418 Euro³⁾
 22.10.2006: 18.559 Euro³⁾

- 1) Bundesagentur für Arbeit, 19.10.2006
 2) www.destatis.de, 19.10.2006
 3) www.steuerzahler.de, 22.10.2006

Hinter den Kulissen

Dem deutschen Gesundheitswesen geht jährlich ein Milliardenbetrag durch Korruption und Betrug verloren. »Wenn wir die Einfallsschleusen für Korruption und Betrug schließen würden, käme man mit dem vorhandenen Budget im Gesundheitswesen zu recht«, sagte Gabriele Bojunga von der Anti-Korruptionsorganisation »TI«. Der jährliche Schaden für das Gesundheitswesen wird auf acht bis 24 Milliarden Euro geschätzt.

Der Schaden an der deutschen Wirtschaft durch Korruption beträgt nach Schätzungen von Experten jährlich mindestens 100 Milliarden Euro.

Diese gewaltige Summe entsteht nicht in erster Linie daraus, daß Bestechungsgelder gezahlt werden, sondern durch die Beeinflussung der Entscheidungen von Unternehmen. Dadurch werden Dienstleistungen und Pro-

dukte teurer als diese sein müßten.

Korruption ist auf allen Wirtschaftsebenen ein Thema und ist Gift für unser Gemeinwesen. Wir erlauben uns einen Blick hinter die Kulissen:

18.8.2006: Gegen Sachsens Ex-Wirtschaftsminister Kajo Schommer (CDU) ist Anklage wegen Bestechlichkeit und Untreue erhoben worden. Das teilte die Staatsanwaltschaft Dresden mit.

Quelle: Lausitzer Rundschau online,
18.08.2006

22.09.2006: Koblenz (dpa/Ir-s) Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt gegen den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kaisersesch, Ewald Mattes (CDU), wegen des Anfangsverdachts des Betrugs und der Untreue.

Quelle: www.rhein-zeitung.de,
22.09.2006

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,00 Euro je Exemplar)
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit/ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von Euro _____ lege ich per Verrechnungsscheck - in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Geb. am/Beruf: _____ Telefon: _____

Ihre UN-Anschriftenummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herr/Frau)

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beiträge abzubuchen:

- monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich
 einmalig ab: _____

Betrag: _____ Euro

Meine Bank/Sparkasse:

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

Anschrift/Unterschrift:

UN-Adreßnr.: _____